Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4802**

16. Wahlperiode 23. 03. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 28. März 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete **Dr. Uschi Eid** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Zugang für Kulturakteure zu Erstinformationen über kulturrelevante europäische Förderfonds sowie das existierende Informations- und Beratungsangebot zu Antragsverfahren sowie Fördermöglichkeiten kultureller Projekte aus Mitteln der EU-Strukturfonds im derzeitigen Informationsangebot der zuständigen Landesministerien bzw. -behörden?

2. Abgeordnete **Dr. Uschi Eid** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält sie eine verbesserte kulturspezifische Aufbereitung des Informationsangebots für die Nutzung der EU-Struktur- und Regionalprogramme durch die fondsverwaltenden Behörden und Kontaktstellen in den Ländern und deren verstärkte Zusammenarbeit mit dem Cultural Contact Point Germany als Informations- und Kontaktstelle des Bundes für sinnvoll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter **Jan Mücke** (FDP)

Wie viele Bundespolizisten gibt es zurzeit auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen, und wie viele Bundespolizisten wird es nach dem 1. Januar 2008 in Sachsen geben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

4. Abgeordneter **Uwe Barth** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass es in den Kommunen der ostdeutschen Bundesländer noch viele Grundstücke gibt, die unter Umständen im Geltungsbereich des Verkehrsflächenbereinigungsgesetzes (VerkFlBerG) liegen, bei denen aber die Eigentumsverhältnisse, insbesondere die Adressaten möglicher Kaufvertragsangebote bis heute unklar sind, und wenn ja, wie viele dieser Fälle sind der Bundesregierung in den jeweiligen Bundesländern bekannt?

5. Abgeordneter
Uwe
Barth
(FDP)

Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass das gesetzliche Ankaufsrecht der Gemeinden und Städte in den ostdeutschen Bundesländern gemäß § 8 Abs. 1 VerkFlBerG am 30. Juni 2007 erlischt und dass eine Vielzahl der betroffenen Kommunen ihr notarielles Kaufvertragsangebot wegen ungeklärter Eigentumsfragen nicht bis zum Ablauf dieser Frist an die Grundstückseigentümer übermitteln können, eine Verlängerung dieser Frist, und wenn nein, welche gesetzgeberischen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit die betroffenen Kommunen die Möglichkeiten aus dem VerkFlBerG auch nach dem 30. Juni 2007 noch nutzen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

6. Abgeordneter
Hans-Kurt
Hill
(DIE LINKE.)

Wann wird die Bundesregierung mit Blick auf drängende Investitionsentscheidungen bei kommunalen Energieversorgern und die besorgniserregenden Erkenntnisse beim Klimawandel dem Deutschen Bundestag eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) vorlegen, und wie soll diese dafür Sorge tragen, dass kommunale Energieversorger ausreichend Anreize erhalten, in die klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplungstechnik zu investieren?

7. Abgeordneter
Hans-Kurt
Hill
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen müssen aus Sicht der Bundesregierung eingeleitet werden, damit im Rahmen einer gezielten KWK-Förderung das Klimagas-Senkungsziel von jährlich 20 Mio. Tonnen Kohlendioxid im Jahr 2010 erreicht wird, und in welcher Höhe sollen dafür ab 2008 Mittel im Haushalt bereitgestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

8. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, bislang die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes (Rechtssache C-98/03) hinsichtlich der Umsetzung des FFH-Rechtes (FFH: Flora-Fauna-Habitat) im deutschen Pflanzenschutzgesetz zu ignorieren, und wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

9. Abgeordneter **Jörg Rohde** (FDP)

Warum sieht § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJG) Selbsthilfeverbände und ihre Untergliederungen im Gegensatz zu Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und ihrer Untergliederungen nicht als Träger des freiwilligen sozialen Jahres vor, und unter welchen Umständen sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auch Selbsthilfeverbände und ihre Untergliederungen als Träger des freiwilligen sozialen Jahres in den Geltungsbereich des FSJG einzubeziehen?

10. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Was wird die Bundesregierung tun, damit – wie auf dem Parlamentarischen Abend der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Selbsthilfe am 20. März 2007 von Vertreterinnen der Bundesregierung zugesagt – neben den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege auch die BAG Selbsthilfe und andere Organisationen von Menschen mit Behinderungen als Träger des freiwilligen sozialen Jahres (§ 5 Abs. 1 FSJG) kurzfristig zugelassen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

11. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum überlässt die Bundesregierung – obwohl mit der Föderalismusreform dem Bund gerade im Artenschutz eine abweichungsfeste Regelungsmöglichkeit zugestanden wurde – im Ersten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes den für den

Artenschutz besonders kritischen Bereich von Ausnahmeregelungen und des Erlasses von Bewirtschaftungsregelungen für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft den Ländern und sogar nachgeordneten Behörden?

12. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass sechs Bundesländer noch immer nicht landesrechtliche Regelungen zur Umsetzung des nationalen Biotopverbundes erlassen haben, und wann wird nach ihrer Auffassung der nationale Biotopverbund hergestellt sein?

13. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sieht die Bundesregierung im Ersten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes nicht mehr den Schutz der Lebensstätten für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten vor (§ 42), sondern streicht das bewährte Verbot, Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtsstätten zu zerstören, und warum werden streng geschützte Arten nicht mehr räumlich, sondern nur noch zeitlich, nämlich während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten geschützt?

14. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche sind für die Bundesregierung die wichtigsten Erkenntnisse des Sondergutachtens „Umweltverwaltungen unter Reformdruck“ des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU), und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus diesen?

15. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung der Feststellung des SRU zu, dass die deutschen Natur- und Umweltverwaltungen zunehmend nicht mehr in der Lage sind, langfristige, kumulative, indirekte und chronische Wirkungen von Eingriffen in den Naturhaushalt zu beobachten und auf diese zu reagieren?

16. Abgeordnete **Nicole Maisch** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des Einflusses des Klimawandels auf die Artenvielfalt in Deutschland vor, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

17. Abgeordnete **Nicole Maisch** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Artenschutzprogramme für die Wiederansiedlung von Wildtieren in Deutschland werden durch die Bundesregierung in welchem Umfang finanziert respektive mitfinanziert?
18. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welchen konkreten Zeitplan für die Umsetzung der beschlossenen „Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ haben die Minister auf dem G8-Umweltministertreffen (15. bis 17. März 2007 in Potsdam) beschlossen, und welche weiteren konkreten Maßnahmen und Umsetzungsbeschlüsse zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt wird die Bundesregierung während ihrer G8-Präsidentschaft auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm vorlegen?
19. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche rechtlichen Grundlagen gibt es nach Ansicht der Bundesregierung für ein mögliches Verbot des geplanten Imports von 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien in die Bundesländer Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, und welche Landes- oder Bundesbehörden wären jeweils für den Erlass eines solchen Verbotes zuständig?
20. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)	Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob und wo die australische Regierung die Entsorgung von Hexachlorbenzol (HCB) in ihrem Land vornehmen könnte?
21. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)	Sofern die HCB-Entsorgung in Australien nicht möglich ist, kann – und wenn, wie – Deutschland bzw. können die von der HCB-Entsorgung betroffenen Bundesländer den Import verhindern, auch wenn technisch und logistisch die Voraussetzungen für die Entsorgung in Deutschland gegeben sind und eine Firma sich bereit erklärt hat, die Entsorgung vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

22. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung eine Erhöhung der Fördersätze und Freibeträge im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), und aufgrund welcher neuer Erkenntnisse hat die Bundesregierung in dieser Sache ihre Position innerhalb der letzten Wochen geändert?

23. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Welche Höhe einer Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge des BAföG ab dem Wintersemester 2008/2009 möchte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, für die Haushaltsverhandlungen 2008 einbringen?

24. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich für angemessen, um erfolgreich auf die Kritik des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz am deutschen Bildungssystem reagieren zu können (bitte mit Begründung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

25. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)

Welche konkreten Verbesserungen im Bereich der Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder hat es seit der gemeinsamen Erklärung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, und der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten, Helga Kühn-Mengel, am 12. April 2006 (http://www.behindertenbeauftragte. de/index.php5?nid=273&Action=home) gegeben, und erwägt die Bundesregierung Korrekturen im Bereich des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) und der Frühförderverordnung, damit umgehend und flächendeckend allen behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern die Frühförderung als gemeinsame trägerübergreifende Komplexleistung angeboten werden kann?

26. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Mit welchen Vertretern von Bundesbehörden sowie aus Betroffenenorganisationen (zum Beispiel dem Kulturverein der sehbehinderten Gehörlosen und Taubblinden e. V.) wird die Bundesrepublik Deutschland an der Weltkonferenz der Taubblinden vom 25. bis 30. September 2007 in Australien teilnehmen?

27. Abgeordnete **Kornelia Möller** (DIE LINKE.)

Entspricht es den Tatsachen, dass die Bundesregierung beabsichtigt, weitere Veränderungen an verschiedenen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik vorzunehmen, so z. B. sog. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen künftig zu entfristen, und von welchen Überlegungen lässt sich die Bundesregierung dabei leiten?

28. Abgeordnete **Kornelia Möller** (DIE LINKE.)

Stimmt es, dass die mit Erfolg angewandte Entgeltvariante künftig nicht mehr als sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gestaltet werden soll, und wie wird diese Veränderung begründet?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf die im Bericht vom 29. Januar 2007 (A/HRC/4/17) enthaltene Kritik des UN-Sonderberichterstatters über die Situation von Menschenrechten in den palästinensischen Gebieten zu reagieren, wonach u. a. die Europäische Union mitverantwortlich für die humanitäre Krise in den palästinensischen Gebieten ist (S. 3 und 20), und wenn ja, in welcher Weise?

30. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Spricht aus Sicht der Bundesregierung etwas gegen den in dem o. g. Bericht (A/HRC/4/17) enthaltenen Vorschlag, ein Gutachten (advisory opinion) des Internationalen Gerichtshofes (IGH) zu der Frage anfordern zu lassen, welche rechtlichen Konsequenzen sich aus einem dauerhaften militärischen Besetzungsregime ergeben, das Züge von Kolonialismus und Apartheid trage (S. 3 und 22 bis 24), und wenn ja, was?

31. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage im Vierten Bericht des International Development Committee im britischen Unterhaus vom 31. Januar 2007, wonach jegliche internationale Hilfe für die palästinensischen Gebiete von der israelischen Regierung durch „unverhältnismäßige Maßnahmen“ wie die Errichtung der Mauer, die Grenzposten und die Einschränkungen der palästinensischen Wirtschaft und des Handels konterkariert werde (S. 6), und über welche diesbezüglichen Erfahrungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, z. B. im Zusammenhang mit der Verteuerung von Entwicklungsmaßnahmen durch derartige Maßnahmen, verfügt sie?

32. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage im Vierten Bericht des International Development Committee im britischen Unterhaus vom 31. Januar 2007, wonach die Politik der internationalen Gemeinschaft, die gewählte palästinensische Regierung zu isolieren, zu nicht gewünschten Effekten wie einer Annäherung der Hamas an den Iran führt und daher nicht dazu beitrage, den Konflikt zu lösen?

33. Abgeordnete **Monika Knoche** (DIE LINKE.)

In welcher Form setzt die Bundesregierung die UN-Resolution 1325 (2000) bei ihrer Nahostpolitik, insbesondere im Hinblick auf palästinensische Gebiete und die Förderung frauen- und friedenspolitischer Organisationen um?

34. Abgeordnete **Monika Knoche** (DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung zu den Forderungen israelischer Frauenorganisationen, keine Waffen mehr aus Deutschland nach Israel zu liefern und Konzepte für ein Ende der Rüstungsspirale im Nahen Osten in ihre diplomatischen Beziehungen einzubringen?

35. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Sollte die Bundesregierung die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung als Anlass nehmen, um als EU-Ratspräsidentin auf die Aufhebung der Sanktionen insbesondere des Zahlungsboykotts hinzuwirken, und falls nicht, wie begründet sie dies?

36. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung dem UN-Sonderberichterstatter über die Situation von Menschenrechten in den palästinensischen Gebieten in seinem Bericht vom 29. Januar 2007 zu, wonach die „Belagerung“ von Gaza eine „kollektive Bestrafung“ darstelle und daher gegen die Vierte Genfer Konvention verstoße, und falls nicht, wie begründet sie dies?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

37. Abgeordneter **Frank Spieth** (DIE LINKE.)

Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für den vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte festgestellten Sachverhalt, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre zahlreiche Kinderarztpraxen aufgrund mangelnder Nachfolger schließen müssen, und weshalb wird Ostdeutschland davon mit 60 Prozent der Kinderarztpraxen fast doppelt so häufig betroffen sein wie Westdeutschland mit 35 Prozent?

38. Abgeordneter **Frank Spieth** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die flächendeckende medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, und inwiefern richtet sie ihre Bemühungen insbesondere auf die neuen Bundesländer?

39. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Zeitplan für die Reform der Pflegeversicherung verfolgt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der jüngsten Auseinandersetzungen innerhalb der großen Koalition als auch innerhalb der Unionsparteien um die Finanzreform, und wann soll die Reform in Kraft treten?

40. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen für die weitere Reformdiskussion zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen einer aktuellen Emnid-Studie, nach der sich 65 Prozent aller pflegenden Angehörigen bei der Pflege eines Familienmitglieds unzureichend von Staat und Gesellschaft unterstützt fühlen und mindestens 50 Prozent mit der Pflegesituation älterer Menschen „überhaupt nicht“ bis „eher unzufrieden“ sind, und inwieweit werden diese Ergebnisse bei der Reform konkret berücksichtigt?

41. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung den jüngsten Vorschlag der bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Christa Stewens, nach dem von allen erwachsenen Versicherten der sozialen Pflegeversicherung eine private, pauschale Zusatzprämie in Höhe von anfänglich 6 Euro pro Monat erhoben werden soll, die jährlich zudem um 1 Euro steigen soll, aufgreifen, und wie begründet sie ihre Entscheidung?

42. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der ablehnenden Reaktion auf das bayerische Konzept aus einigen unionsregierten Ländern, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen, trotz der Aussagen des bayerischen Sozialministeriums, das Konzept sei unionsintern abgestimmt, für die weiteren Reformverhandlungen?

43. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die in der Presse vertretene Befürchtung, z. B. der „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. März 2007, nach der bei der CDU-Führung die Überzeugung reift, dass eine umfassende Reform der Pflegeversicherung angesichts der Differenzen mit der SPD eher unwahrscheinlich sei und womöglich zu einem Thema des Bundestagswahlkampfes 2009 werden könnte?

44. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Erscheint der Bundesregierung angesichts dieser Bedenken der CDU ein Kompromiss der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD zur Pflegereform überhaupt noch wahrscheinlich, auch in Anbetracht der eindeutigen Aussage der Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, ebenfalls in der „Leipziger Volkszeitung“, dass eine Verschiebung der Reform auf die nächste Legislaturperiode unverantwortlich sei, und welcher Kompromiss könnte dies sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

45. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Welche Höhe hatten die Mittelzuweisungen für den Fernstraßenbau der einzelnen Bundesländer in den Jahren 2001 bis 2006, und in welchem Maße konnte damit der Investitionsbedarf gemäß Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in den einzelnen Ländern gedeckt werden?

46. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	In welchem quantifizierbaren Maß sind die von der Bundesregierung als vorzugswürdig bezeichneten Instrumente zur Steigerung der Verkehrssicherheit auf Bundesautobahnen wirksamer als ein Tempolimit auf Bundesautobahnen, und innerhalb welchen Zeitraumes greifen diese Instrumente?
47. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	In welchem quantifizierbaren Maß sind die von der Bundesregierung als vorzugswürdig bezeichneten Instrumente zur Verringerung der CO_2-Emissionen auf Bundesautobahnen wirksamer als ein Tempolimit auf Bundesautobahnen, und innerhalb welchen Zeitraumes greifen diese Intrumente?
48. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)	Lässt sich die immer wieder aufgestellte Behauptung der angeblichen „Gießkannen-Förderpolitik“ in Ostdeutschland zahlenmäßig belegen, und wenn nein, wie stellt sich die regionale Konzentration der Fördermittel in Ostdeutschland dar?
49. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)	Wird die Bundesregierung angesichts der Einschätzung des Präsidenten des ifo-Instituts, Dr. Hans-Werner Sinn, Ostdeutschland werde ein zweites Mezzogiorno und die Menschen in Ostdeutschland müssten auch zukünftig mit den gravierenden Unterschieden zum Westen wie einer doppelt so hohen Arbeitslosenquote leben, zukünftig eine Kurskorrektur in der Förderpolitik beim Aufbau Ost einschlagen, und wenn ja, wie soll diese Kurskorrektur aussehen (FAZ, 21. März 2007)?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333